



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/195 - 23.8.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Prof.C.Schmid: Zum Problem des Kehler Hafens	S.1
Adenauer zwischen Optimismus und Resignation	S.3
Die Interparlamentarische Union	S.5

Wohlebs Kehler Abkommen

Von Prof.Dr.Carlo Schmid, M.d.B.

Man konnte jüngst in der Zeitung lesen, daß Staatspräsident Wohleb mit dem Direktor des autonomen Hafens Straßburg ein Abkommen geschlossen habe (es ist bisher nur paraphiert), durch das die Möglichkeit geschaffen werde, den Kehler Hafen neu in Betrieb zu nehmen.

Was sieht nun dieses Abkommen vor ?

Es wird ein Verwaltungsapparat geschaffen, der künftig die Geschicke des Kehler Hafens bestimmen soll. Außerdem sind Bedingungen vereinbart worden, durch die die Kehler Hafenverwaltung verpflichtet wird, bei ihrer Gebühren- und Tarifpolitik Kehl nicht günstiger zu stellen als Straßburg. Der Zweck dieser Bestimmungen soll offenbar sein, den Wettbewerb beider Häfen so friedlich als möglich zu gestalten. Das ist eine außerordentlich lobenswerte Absicht. - Aber leider sitzt hier ein Haken: denn nur die Kehler Hafenverwaltung wird zu einer bestimmten Tarifpolitik verpflichtet; die Straßburger Hafenverwaltung bleibt in ihren Entschlüssen frei ! Sie kann also ihre Gebühren und Tarife nach Belieben festsetzen und Kehl gegenüber operieren wie sie will. Die Konkurrenzklausel des von Staatspräsident Wohleb gewollten Vertrags ist also einseitig und belastet ausschließlich die deutsche Wirtschaft.

Noch schlimmer aber ist die Benachteiligung Deutschlands

im Aufbau der Organisation des Kehler Hafens selbst. Zunächst: der Straßburger autonome Hafen wird durch den Vertrag nicht berührt. Er bleibt nach wie vor unter rein französischer Verwaltung, und keine deutsche Stelle hat dabei etwas mitzureden. Der Kehler Hafen aber, der deutsche Rheinhafen also, wird einer gemischten Verwaltung unterstellt, der Hafendirektion und einem Verwaltungsrat - einer reichlich komplizierten, aus Deutschen und Franzosen gemischten Verwaltung. Bei dem Verwaltungsrat liegt die Fülle der Kompetenzen.

Alle irgendwie wichtigen Entschlüsse der Hafendirektion bedürfen der vorherigen Zustimmung dieses Verwaltungsrates. Dieser wird also über die allgemeinen Geschicke des Hafens, über die Festsetzung der Gebühren und Tarife, über die Regelung des Betriebes, kurz, über die wirtschaftspolitische Funktion des Kehler Hafens zu beschließen haben. Dieser Verwaltungsrat hat im übrigen schon dann zu entscheiden, wenn der französische Vizedirektor glaubt, mit dem deutschen ersten Direktor nicht einig gehen zu können. Was bleibt dann dem deutschen Hafendirektor noch an eigener Zuständigkeit? Wie nun trifft dieser Verwaltungsrat seine Entscheidungen? Bei Stimmengleichheit - es stehen fünf Deutschen fünf Franzosen gegenüber, die sich doch in erster Linie als die Sachwalter des französischen Konkurrenzhafens fühlen werden - entscheidet der französische Präsident des Verwaltungsrates. Er wird auch dann entscheiden können, wenn die französische Gruppe der Meinung sein sollte, daß eine anstehende Entscheidung die Grundsätze oder den Geist des Abkommens in Frage stellen könnte.

Man wird einwenden können, daß die Kehler Hafendirektion für alle Fragen zuständig sei, die den deutschen Binnenverkehr betreffen, während der Verwaltungsrat nur für den Transitverkehr zuständig sei. Diese Zuständigkeitsabgrenzung bedeutet aber in Anbetracht der den französischen Mitgliedern des Verwaltungsrates zur Verfügung stehenden Generalklausel gar nichts, denn sie, bzw. der französische Vizedirektor der Hafendirektion, haben es ja jederzeit in der Hand, Entscheidungen des von ihnen beherrschten Verwaltungsrates herbeizuführen. So wird das französische Konkurrenzinteresse also nicht nur für die Angelegenheiten des Transitverkehrs, sondern auch für die des deutschen Binnenverkehrs entscheidend sein.

Das Abkommen sieht freilich eine schiedsrichterliche Instanz

vor, die Gerichtsbarkeit über Anwendung und Auslegung des Abkommens haben soll. Die vorgesehene Schiedskommission solle aus einem deutschen und einem französischen Vertreter bestehen, und diese beiden sollen sich einen Vorsitzenden wählen. Wenn sie sich nicht auf den dritten Mann einigen können, dann wird dieser "Unpolitische" durch den Generalsekretär des Europarates ernannt. Wer ist der Generalsekretär des Europarates? Herr Jacques Camille, Paris, der einst Beamter des französischen Auswärtigen Amtes war ...

Wir hoffen, daß die Bundesregierung dieser Vereinbarung des Staatspräsidenten Wohleb und des Hafendirektors von Straßburg die verfassungsmäßig notwendige Genehmigung versagen wird.

Daran wäre noch eine Frage zu knüpfen: warum hat die Bundesregierung Verhandlungen, deren Ergebnis für die gesamtdeutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung ist, durch Staatspräsident Wohleb führen lassen? Gehört der Abschluß von Verträgen solch grundlegender Bedeutung nicht zu den Aufgaben, die der Außenminister der Bundesregierung selber erledigen sollte? Und warum hat dieser die Freistellung des Kehler Hafens von der im übrigen völkerrechtswidrigen Blockierung durch die Franzosen nicht mit zum Gegenstand der Verhandlungen über die Montanunion gemacht? Niemand hätte ihm einwenden können, daß diese Dinge nicht zusammengehören.

Und denen, die meinen, der Hafen von Kehl und sein Statut seien so bedeutend nicht, sei gesagt, daß der Abschluß von Verträgen dieser Art kennzeichnend war für die politische Wertschätzung, die jüngst noch die Levantestaaten genossen. Heute wagt niemand mehr, diesen Staaten den Abschluß solcher Verträge vorzuschlagen.

+ + +

Es sprach der Bundeskanzler ...

(sp) Der Bundeskanzler hat eine Rede über den bayrischen Rundfunk gehalten. Er gab sich so optimistisch, wie es seine Art wurde. Er sprach von Zähigkeit, Entschlossenheit und Geduld, alles Eigenschaften, die der Innenpolitiker Adenauer hat und die der Außenminister Adenauer anstreben sollte. Der Innenpolitiker Adenauer versprach die Erhaltung der Stabilität der deutschen Währung, ohne zu erwähnen, daß der Preis für diese Stabilität in der Forderung liegt, daß breiteste

Schichten der westdeutschen Bevölkerung den Riemen noch enger zu schnallen haben und daß es nur eine Hoffnung ist, daß sich der Teil der Besatzungskosten, der auf den nächsten Haushaltsplan übernommen werden soll, wenigstens 1952/53 decken läßt. Trifft das nicht zu, wird man es die nächste Regierung ausbaden lassen, daß die finanzielle Stabilität auf einer Fiktion beruhte.

Daß sich der Kanzler gegen jeden Rechtsradikalismus aussprach, klingt ermutigend, nachdem der Wahlkampf seiner Parteifreunde in Niedersachsen noch längst nicht vergessen ist. Natürlich sind für Adenauer weder die Ruhrbehörde, noch die Saarfrage Probleme, die auf den Schuman-Plan wirken. Das hat seinen Grund in des Kanzlers Meinung von Gleichberechtigung, die er - wohl wissend um die Fragwürdigkeit des Beschwerdeweges in der Montan-Union - offenbar gegeben sieht, wenn Beschlüsse nicht mehr gegen eine deutsche Stimme in der Ruhrbehörde, sondern gegen zwei deutsche Stimmen in der Hohen Behörde fallen. Darüber, daß (nach seinen Worten) unter diesen Umständen sich die sozialdemokratische Opposition nicht zu einem "Zusammenwirken mit der Bundesregierung" bereit erklären könne, werden die Bundesanhörer beruhigt gewesen sein. Die Gleichberechtigung ist im Munde des Bundeskanzlers längst keine zugkräftige Parole mehr. Seine Ankündigung, daß wir bald "wieder ein selbständiger, gleichberechtigter Staat werden", ist darum nur eine Wiederholung unerfüllbarer Versprechen.

Es versteht sich, daß der Bundeskanzler kein Wort von der Wiedervereinigung Deutschlands sprach, keinen Satz darüber, ob und was er den Forderungen der Alliierten gegenüberstellen kann. Kein Hörer hat erfahren, was sich die Bundesregierung unter "Selbständigkeit" vorstellt, nachdem die Alliierten an den Beispielen Besatzungsstatut, Besatzungskosten, Auslandsvermögen, Saarfrage, Fall Kemritz usw.usw. ihre Auffassung von der deutschen Selbständigkeit demonstriert haben. Es gebe wirklich keinen Grund für besonders düstere Prognosen, hat Dr. Adenauer den Hörern erklärt, so wie man es ihm erklärt haben wird. Die Betonung liegt auf dem Wort "besonders". Nach den letzten vier Wochen und angesichts der Resignation des Außenministers Adenauer gibt es in der Tat nur noch Gründe für zwangsläufig düstere Prognosen.

Deutsche Parlamentarier nach Istanbul

(sp) In Bonn ist nur noch wenig von der offiziell noch andauernden politischen Ferienruhe zu spüren; nicht nur im Kabinett, auch in den Ausschüssen des Parlaments werden die Ausgangspositionen für die kommenden Auseinandersetzungen abgesteckt.

Mitten aus diesen Vorbereitungen löst sich an diesem Wochenende ein größerer Kreis von Bundestagsabgeordneten und fliegt zu einem Kongreß der Interparlamentarischen Union in die Türkei, unter ihnen der Präsident des Bundestags Dr. Ehlers und der Vizepräsident Prof. Carlo Schmid.

Die Einrichtung der Interparlamentarischen Union an sich ist in der Öffentlichkeit fast unbekannt, in den Vorstellungen der meisten Menschen wird sie nicht beim Europarat oder ähnlichen bekannter gewordenen Institutionen rangieren. Ihr Entstehungsdatum ist jedoch viel älter. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte man das Bedürfnis, sich über die Grenzen hinweg, von Volksvertretung zu Volksvertretung über gemeinsame parlamentarische Probleme auszusprechen und in Kontakt zu kommen. So gründete man die Interparlamentarische Union. Teilweise werden die Mitglieder, namentlich und einzeln, delegiert, teils treten die Fraktionen der Parlamente geschlossen bei und in beiden Fällen geschieht es offiziell. In Deutschland, wie in einem beträchtlichen Teil der übrigen Mitgliedsstaaten, entschied man sich für eine inoffizielle Abordnung. Es gehören ihr aber Männer aus den "vorderen Bänken" an.

Wie auch sonst üblich, werden von diesen Delegationen ein ständiges Präsidium gewählt und Ausschüsse gebildet. Jährlich zweimal tritt die "Vollversammlung" (sie sei hier nur vergleichsweise so genannt) beratend zusammen, Beschlüsse werden gefaßt, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten als Empfehlungen weitergeleitet werden. In Istanbul steht die internationale Flüchtlingsfrage im Mittelpunkt der Tagungsordnung. Aber auch hier bleibt wie auf allen internationalen Tagungen die Möglichkeit zu persönlichem Kontakt, das persönliche Kennenlernen von "Mann zu Mann" mindestens ebenso wichtig wie die Aussprachen im Rahmen des offiziellen Tagungsprogramms. Wobei die Tagungen der Interparlamentarischen Union für die Deutschen - die ja nicht Mitglied der UNO sind, fast die einzige und deshalb umso wesentlichere Ebene darstellen, auf der sie außereuropäischen Politikern begegnen.

Verantwortlich: Peter Raunau